

AZ: 51/52

I. Aktenvermerk

Bonuszuweisung § 9 FAG, außerordentliche Finanzausweisung § 15 FAG und Haushaltskonsolidierung § 28 Abs. 3, 4 KVHG

Ergebnis der Besprechung vom 03.04.2014

Teilnehmer: 8, 8 Kr, 8 Mr, 8 StFür kirchengemeindliche Fundraising-Konzepte, die zur Einnahme zusätzlicher Haushaltsmittel beigetragen haben, kann eine einmalige Bonuszahlung in drei Jahresraten gezahlt werden, wenn der Nachweis der Nachhaltigkeit erbracht wird (§ 9 Abs. 1 FAG). Nähere Maßgaben sind in der BonuszuweisungsRVO geregelt. Die Bonuszuweisung wird unabhängig von der Gesamtausweisung bewilligt (§ 9 Abs. 5 FAG). Für Kirchenbezirke findet § 9 FAG entsprechende Anwendung (§ 20 FAG).

Bei der **Bonuszuweisung** handelt es sich um eine „zusätzliche“, zweckgebundene Ausweisung (Anschubfinanzierung) zur Förderung alternativer, nachhaltiger Einnahmeerzielungen, die im örtlichen als auch gesamtkirchlichen Interesse stehen. Die Bonuszuweisung soll auch ein Anreizsystem bieten, um sich – losgelöst von der aktuellen Haushaltssituation und ggf. Haushaltsnotwendigkeit – (rechtzeitig) mit zukünftigen alternativen Finanzierungsmodellen auseinanderzusetzen. Sie ist nicht dazu gedacht, den Finanzierungsbedarf einer Kirchengemeinde bzw. eines Kirchenbezirks – wie z. B. die Gesamtausweisung nach § 12 FAG, oder aber die außerordentliche Finanzausweisung nach § 15 FAG bzw. § 21 FAG – zu decken.

Insofern wäre es kontraproduktiv bzw. würde es dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Bestimmung und dem synodalen Willen zur Einführung und Ausgestaltung der Bonuszuweisung widersprechen, wenn Bonuszuweisungen für die in den in § 2 Abs. 1, 2, 4 BonuszuweisungsRVO als ausweisungsfähig aufgeführten Fundraisingkonzepte bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs für eine außerordentlichen Finanzausweisung nach § 15 FAG bzw. § 21 FAG berücksichtigt, d. h. angerechnet, würden.

Insofern ist bei der Ermittlung des notwendigen Finanzierungsbedarfs nach § 15 Abs. 2, 3 FAG von der Anrechnung der Bonuszuweisung für die Implementierung einer ausweisungsfähigen Fundraising-Konzeption nach § 2 Abs. 1, 2, 4 BonuszuweisungsRVO abzugehen.

Anrechnungsfrei bleibt der nach §§ 4, 5 BonuszuweisungsRVO für das jeweilige Haushaltsjahr tatsächlich ausgezahlte Betrag der Bonuszuweisung.

Gemeinden oder Kirchenbezirke, die

- sich in einem HSK nach § 28 Abs. 3, 4 KVHG befinden, oder aber
 - einen Antrag auf außerordentliche Finanzausweisung nach § 15 FAG bzw. § 21 FAG stellen,
- müssen in ihrem Antrag auf Gewährung einer Bonuszuweisung darlegen, dass die im ausweisungsfähigen Fundraising-Konzept aufgeführten Fundraisingmaßnahmen nicht im Widerspruch zu den Zielen und Maßnahmen (insb. Gebäudeoptimierung) des (genehmigten) Haushaltssicherungskonzepts stehen. Ein Votum der zuständigen Evangelischen Kirchenverwaltung bzw. des

zuständigen Evangelischen Verwaltungs- und Serviceamtes ist beizufügen, abgestimmt mit dem bezirklichen Fundraisingbeauftragten, sofern einer vorhanden ist. In diesem Fällen stimmen sich zudem der Landeskirchliche Beauftragte sowie die Abteilungsleitung Gemeindefinanzen vor der Sitzung des Vergabeausschusses nach § 6 BonuszuweisungsRVO einvernehmlich ab. Entsprechend soll im Vorfeld der Auszahlung der zweiten und dritten Rate der Bonuszuweisung (§ 5 Abs. 4 BonuszuweisungsRVO) verfahren werden.

Aufgrund der Vorgaben zu den Zuweisungsvoraussetzungen einer Bonuszuweisung (nachgewiesene Mindest-Netto-Einnahmen von mind. 4.000 Euro; § 4 BonuszuweisungsRVO), dem Sinn und Zweck der Anrechnungs-Vorgaben bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs nach § 15 Abs. 2, 3 FAG und um die Einstiegsmotivation für das Fundraising zu erhöhen sowie den Start eines HSK bzw. den Fortgang eines HSK zu erleichtern, **wird aus gesamtkirchlichen Gründen von der Anrechnung der durch Fundraisingmaßnahmen erzielten Einnahmen** bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs für eine außerordentlichen Finanzzuweisung nach § 15 FAG bzw. § 21 FAG abgesehen. wie folgt abgesehen:

- 1. und 2. Jahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 100%,
- 3. und 4. Jahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 60%,
- 5. und 6. Jahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 20% und
- ab dem 7. Jahr Durchführung Fundraising- Maßnahmen: 0%.

In den Bewilligungsbescheiden / Benachrichtigungsschreiben zur Gewährung bzw. zur Auszahlung einer Bonuszuweisung wird ab sofort folgende Regelung aufgenommen:

*„Bei der **Bonuszuweisung** handelt es sich um eine „zusätzliche“, zweckgebundene Zuweisung (Anschubfinanzierung) zur Förderung alternativer, nachhaltiger Einnahmeerzielungen, die im örtlichen als auch gesamtkirchlichen Interesse stehen. Von der Anrechnung der Bonuszuweisung wird bei der Ermittlung eines notwendigen Finanzierungsbedarfs nach § 15 Abs. 2, 3 FAG in Höhe des nach § 5 BonuszuweisungRVO für das jeweilige Haushaltsjahr tatsächlich ausgezahlte Betrag abgesehen, sofern die Fundraisingmaßnahmen nicht den Zielen und Maßnahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzepts widersprechen.*

Bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs für eine außerordentlichen Finanzzuweisung nach § 15 FAG bzw. § 21 FAG wird aus gesamtkirchlichen Gründen von der Anrechnung der durch Fundraisingmaßnahmen tatsächlich erzielten Einnahmen wie folgt abgesehen:

- 1. und 2. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 100%
- 3. und 4. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 40%,
- 5. und 6. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 20% und
- ab dem 7. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising- Maßnahmen: 0%.

Die Nicht-Anrechnung der durch Fundraisingmaßnahmen erzielten Einnahmen erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Fundraisingmaßnahmen nicht den Zielen und Maßnahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzepts widersprechen

Die Ausgaben für Fundraisingaktivitäten sind aus den Mitteln der Bonuszuweisung zu bestreiten.“

Mittelfristig soll § 15 FAG dahingehend geändert / präzisiert werden, dass die Gewährung von Bonuszuweisungen (§§ 9, 20 FAG) und zweckgebundenen Zuweisungen (§§ 16, 20 FAG) bei der

Ermittlung des notwendigen Finanzierungsbedarfs für eine außerordentliche Finanzausweisung (§§ 15, 21 FAG) nicht zu berücksichtigen sind. Zudem soll aufgenommen werden, dass bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs für eine außerordentlichen Finanzausweisung aus gesamt-kirchlichen Gründen von der Anrechnung der durch Fundraisingmaßnahmen tatsächlich erzielten Einnahmen wie folgt abgesehen wird:

- 1. und 2. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 100%,
- 3. und 4. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 40%,
- 5. und 6. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising-Maßnahmen: 20% und
- ab dem 7. Haushaltsjahr Durchführung Fundraising- Maßnahmen: 0%,

sofern die Fundraising-Maßnahmen nicht den Zielen und Maßnahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzepts widersprechen.

II. Verteiler: Teilnehmer

III. 6Be mit der Bitte um juristische Prüfung der ergänzenden Formulierungen für den Bescheid (kursiv gesetzt)

IV. Z.d.A

Gez. T. Sternberg